



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 30. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 23. September 2015, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Susann Rüthrich, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Beteiligung bei der Berufswahl und dem Berufseinstieg“

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 22**

Stellungnahme zum Thema „Medienkompetenz und Jugendmedienschutz. Möglichkeiten zum Schutz der Kinder im Netz“

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 22**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 22**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 6
Wortprotokoll	Seite 7



Tagungsbüro




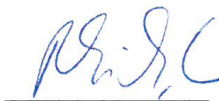

Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 23. September 2015, 16:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	_____

Stand: 17. September 2015

Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

07/1

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 23. September 2015, 16:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____



Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Fuchs, Peter	CDU	
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Beteiligung bei der Berufswahl und dem Berufseinstieg“
am Mittwoch, dem 23. September 2015, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Sabrina Blomeier Vorsitzende der Jugend- und Ausbildungs- Vertretung der Charité Berlin	
Johannes Fester Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin	
Florian Haggenmiller Deutscher Gewerkschaftsbund	
Elisabeth Maier Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin	
Ilona Wolf Sächsische Bildungsgesellschaft für Umweltschutz und Chemieberufe Dresden mbH	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Susann Rüttrich	7, 8, 9, 12, 17, 19, 21, 22
Abg. Eckhard Pols	10, 17
Abg. Norbert Müller	16
Abg. Beate Walter-Rosenheimer	15

Sachverständige

Johannes Fester	8, 9, 13, 15, 21
Florian Haggemiller	9, 10, 14, 19
Elisabeth Maier	13
Ilona Wolf	7, 12



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Beteiligung bei der Berufswahl und dem Berufseinstieg“

Vorsitzende: Herzlich willkommen, einen schönen guten Tag. Wir sind in einer weiteren Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Ich freue mich auf die Expertinnen und Experten, die heute da sind. Ich nehme an, dass die fehlenden Kolleginnen und Kollegen noch zu uns stoßen werden. Ich bin aktuell die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages und von der SPD-Fraktion. Ich habe das Amt von Herrn Pols von der Unionsfraktion übernommen und gebe es dann Ende des Jahres an Herrn Müller für die Linkefraktion weiter. Last but not least wird danach Frau Walter-Rosenheimer von den Grünen den Vorsitz übernehmen. Wir geben uns jeweils eigene Themen, die wir schwerpunktartig beleuchten wollen, und das Thema, in dem wir uns gerade befinden, ist das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Von daher freue ich mich, dass ihr alle da seid. Ich bleibe beim Du, weil es den meisten von euch wie auch mir sehr schwer fallen würde, jetzt in Sie überzugehen. Frau Wolf und Herrn Haggenmiller kenne ich schon länger und es wäre etwas schwierig, ins Sie zu wechseln, und ich erlaube mir, das bei euch ähnlich zu machen. Wir sind in einer öffentlichen Sitzung, d. h., es könnten auch Gäste oben sitzen. Einer der wesentlichen Aspekte der Öffentlichkeit ist, dass man sämtliche Wortprotokolle lesen kann. Was ihr nicht möchtet, das von euch geschrieben wird, das solltet ihr besser nicht sagen oder vorher das Mikrofon ausmachen. Wir haben eine Stunde, in der wir uns mit dem Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Feld des Arbeitsmarktes und Berufslebens sowie beim Einstieg in den Beruf und bei der Berufswahl beschäftigen können. Ilona Wolf von der SBG, einem Bildungsträger in Dresden, ist bei uns. Wir haben viele Projekte miteinander gemacht, die vor allem von den Jugendlichen selbst ausgegangen sind und von dem Unternehmen sehr unterstützt wurden. Es war das erste Unternehmen, das den Titel „Betrieb ohne Rassismus, Betrieb mit Courage“ von uns verliehen bekommen hat und daraus haben sich viele Beteiligungsprojekte entwickelt. Ich freue mich, dass du darüber berichtest. Wir wollen wie immer nicht nur über die Beteiligung oder über

Jugendliche und Kinder reden, sondern mit denen, die es selbst machen. Deswegen freue ich mich, dass ihr von der Jugendauszubildendenvertretung der Charité bei uns seid und direkt den Einblick gebt, wie bei euch die Beteiligung von den Jugendlichen im Unternehmen gelebt wird und was ihr für Wünsche und Forderungen habt. Den großen Überblick hat der Bundesjugendsekretär des DGB, Florian Haggenmiller, der uns zum Schluss seine Einblicke in die Beteiligung und Forderungen, wie man Jugendliche im Berufsleben beteiligen kann und sollte, vortragen wird. Ich übergebe euch als erstes das Wort und dann können wir in die Diskussion und die Nachfragenrunde gehen. Ilona, bitte stelle uns doch vor, wie ihr das handhabt.

Ilona Wolf (Sächsische Bildungsgesellschaft für Umweltschutz und Chemieberufe Dresden mbH): Ich möchte kurz unsere Einrichtung vorstellen. Wir waren die Betriebsberufsschule vom Kombinat Lacke und Farben und betreiben seit 1949 Bildungsarbeit vor Ort. Nach der Wende haben wir uns privatisiert und sind mittlerweile in der Trägerschaft der Stiftung „Zukunft durch Bildung“; das sagt eigentlich schon alles. Unser Hauptarbeitsfeld ist die Berufsausbildung für den technischen Umweltschutz und für die naturwissenschaftlichen Berufe im Auftrag von Kommunen und Betrieben. Es ist also ein überbetrieblicher Bildungsträger. Zu unserem Profil: Wir haben neben dieser naturwissenschaftlichen Ausbildung auch die Malermeisterschule des Landes Sachsen und die Floristenmeisterschule, das Dresdner Institut für Floristik, bei uns vor Ort.

Wie betreiben wir Berufsorientierung? Wir haben – darauf möchte ich heute besonders eingehen – zwei große Schülerlabore in Dresden. Das ist zum einen das gläserne Labor im Hygienemuseum und zum anderen das COM-LAB BIO bei uns auf dem Hof. Wir bieten Ferienakademien an, das waren früher Projekte über den ESF (Europäischer Sozialfonds). Mittlerweile bezahlen Unternehmen dafür, dass wir für sie in den Ferien mit Jugendlichen arbeiten, die sich für naturwissenschaftliche Berufe interessieren. Besonders möchte ich auch auf die „Start in den Beruf“-Initiative eingehen. Ich habe Ihnen ein kleines Tischmaterial zusammengestellt, u. a. mit einem Flyer über diese wichtige



Initiative, die wir jetzt erstmalig im Hause hatten. Wir holen Jugendliche im ersten Ausbildungsjahr aus den Betrieben zu uns auf das Gelände und informieren sie über ihre Rechte, ihre Pflichten und die sozialen Kompetenzen, die sie während der Ausbildung brauchen. Sie gehen wirklich gestärkt zurück in die Betriebe zurück und wissen als Lehrling im Betrieb, worauf es ankommt. In den beiden Schülerlaboren arbeiten wir auch mit einem Netzwerk zusammen. Es gibt in Sachsen viele Schülerlabore. Wir haben verschiedene Themen, zu denen die Schüler im Rahmen des Chemieunterrichts zu uns kommen. Unsere Ferienakademie ist für Schüler ab der Klasse 8. Das sind Schüler, die sich wirklich für Chemie interessieren. Viele Schüler gehen aus der Ferienakademie hinaus und sagen: „Jawohl, genau das ist es. Ich möchte meinen Berufswunsch beibehalten, ich möchte in Richtung Chemie gehen.“ Wir haben aber auch Fälle, die sagen: „Oh, um Gotteswillen, gut, dass ich hier bei euch in der Ferienakademie war, ich könnte mir nie vorstellen, den ganzen Tag im Labor zu stehen, das habe ich mir ganz anders vorgestellt.“ Wir sehen es auch als unsere Aufgabe an, mit den Jugendlichen schon im Vorfeld zu arbeiten. Wenn ich mir die Berichte ansehe, wie viele Jugendliche ihre Berufsausbildung abbrechen, weil sie eine völlig andere Motivation haben, dann ist das eine gute Sache.

Wir haben außerdem noch ein sehr großes Projekt im Hause, das sich an lernbehinderte und sozial benachteiligte Jugendliche richtet. Dieses Projekt im Berufsorientierungsprogramm arbeitet mit einer „DaZ-Schule, Deutsch als Zweitsprache“, zusammen. Die Schüler kommen während des WTH-Unterrichts (Wirtschaft, Technik, Haushalt) zu uns. Abschlussgefährdete Hauptschüler machen bei uns praktische Arbeiten im Maler- und Lakiererhandwerk, bei den Floristen oder in der Hauswirtschaft. Über das praktische Erleben finden sie wieder Motivation, weiter in die Schule zu gehen. Wir haben dort viele gute Erfolge, also Schulabbrecher, die über dieses Projekt wieder stabil in die Schule gehen. Es gab eine große Jugendinitiative bei uns im Hause, die sich „open eyes“ nannte. Das ist von Jugendlichen ausgegangen, die diesen Titelkampf „Schule ohne Rassismus“ – wir sagen immer noch „Schule“ ohne Rassismus, obwohl wir ja keine Schule, sondern ein „Betrieb“ ohne Rassismus sind – jährlich wieder-

holen und mit Projekten belegen. Es beginnt mit einem Einführungskurs, für den wir uns Hilfe holen, denn dieser Peer-Ansatz ist für uns sehr wichtig: dass nicht wir als Erwachsene uns dort hinstellen und irgendetwas über Demokratie erzählen, sondern Studenten, die auf Augenhöhe mit unseren Lehrlingen reden. Wir haben die Einführungsworkshops jetzt gerade wieder hinter uns gebracht und an das Netzwerk für Demokratie und Courage eine kleine Auswertung geschickt. Es war wieder ganz toll, es war wieder richtig super. Parallel dazu hatten wir von der Landeszentrale für politische Bildung eine Wanderausstellung bei uns im Hause. Das war eine aktive Ausstellung, in der sehr viel zu tun und zu machen ist, und sie hat unseren Workshop super ergänzt. Wir denken, dass wir Jugendliche gut mit einbeziehen und dass vieles von ihnen ausgeht. Nur wenn sie es wollen, gelingt es auch.

Vorsitzende: Vielen Dank für den Einblick und für das Engagement, das ihr selbst übernehmt und den Jugendlichen auch ermöglicht. Es ist ja auch eine Frage, wie angesehen die Beteiligung und das Engagement von Jugendlichen im Betrieb überhaupt ist, um beides zu ermöglichen. Ich gebe euch das Wort, damit ihr uns Einblicke in eure Arbeit gebt und wie ihr es in der Charité handhabt.

Johannes Fester (Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin): Wir sind in der Jugend- und Auszubildendenvertretung an der Charité insgesamt 11 Mitglieder, alle unter 27 Jahre alt und werden von etwa 360 Wahlberechtigten gewählt. Daraus ergibt sich auch die Zahl von 11 Vertretern. Wir kommen aus den Gesundheitsberufen Hebammenwesen, Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie von den operationstechnischen Assistenten und anderen medizinischen Fachberufen. Wir vertreten die Auszubildenden in allen Belangen, was die Ausbildung angeht, z. B. wenn die Ausbildungsqualität an irgendeiner Stelle hängt. Dann ist es unsere Aufgabe, dranzubleiben. Das tun wir, indem wir mit unseren Dienststellen auf der Schule oder mit dem Arbeitgeber verhandeln und indem wir mit Gewerkschaften zusammenarbeiten, wenn wir deren Unterstützung brauchen, und besonders auch mit unserem Personalrat, der ja sozusagen unser großer Bruder ist,



an den wir uns immer wenden, wenn es Probleme gibt. Die Arbeit ist tatsächlich sehr vielfältig und auch, glaube ich, aufwendiger, als wir uns das vor unserer Wahl dachten. Es fällt tatsächlich relativ viel Arbeit an. Das macht auf der einen Seite Spaß, uns einzusetzen und zu engagieren, auf der anderen Seite zeigt es aber, dass offensichtlich viele Defizite vorhanden sind, um die wir uns dann kümmern müssen. Da geht es sehr häufig leider auch um schwerwiegendere Probleme, bei denen es für uns teilweise schwierig ist, uns gegen etablierte Dienststellen oder gegen die Vertreter des Arbeitgebers durchzusetzen. Soviel zu unserer Arbeit. Ich weiß nicht, ob es Nachfragen gibt.

Vorsitzende: Wenn, dann fragen wir nach. Gebt vielleicht einen Einblick, wie die Arbeit praktisch abläuft, wie ihr als Beteiligungsgremium mit den Problemen umgeht. Wie hat man sich das vorzustellen?

Johannes Fester (Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin): Wir sind im Moment noch eine relativ junge JAV, da wir erst vor kurzem neu gewählt wurden. Wir sind 11 Mitglieder und haben auch 11 Nachrückkandidaten. Wir tagen im 2-Wochen-Rhythmus für einen ganzen Tag. Wir sind dafür von unseren Ausbildungsbereichen freigestellt, so dass wir auch heute die Zeit für dieses Gespräch haben. Wir haben eine ganz normale Sitzung mit Tagesordnung, in der wir die einzelnen Probleme behandeln. Die eigentliche Arbeit erfolgt in Arbeitsgruppen, die die Aufgaben unter sich aufteilen. Als Auszubildende müssen wir auch im Auge behalten, dass wir unsere Ausbildung erfolgreich abschließen. Dafür ist es erforderlich, dass man bei der Aufgabenverteilung ein bisschen flexibel ist. Denn in Zeiten, in denen man mehr Luft hat, ist die Bereitschaft, sich zu engagieren, größer als im Examen. Wir tagen zweiwöchentlich und tragen die Probleme zusammen, die es gibt. Die Auszubildenden können sich jederzeit an uns wenden und werden von uns einzeln betreut. Jeder hat eine Zuständigkeit und betreut beispielsweise bestimmte Krankenpflegekurse oder die auszubildenden Hebammen betreuen ihre Hebammen.

Florian Haggemiller (Deutscher Gewerkschafts-

bund): Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Susann, vielen Dank für die Einladung. Ich habe ein paar Zahlen, Daten und Fakten zum Berufseinstieg bei Jugendlichen mitgebracht. Wir haben uns Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung und die Ergebnisse des DGB-Jugendausbildungsreports, den wir jedes Jahr herausgeben, angesehen. In diesem befragen wir rund 18.000 junge Auszubildende, was sie in ihrer Ausbildung erlebt haben, aber vor allem auch vor ihrer Ausbildung. Das will ich jetzt im Detail kurz vorstellen.

Was entscheidend ist, was sich verändert hat, das ist das Durchschnittsalter, in dem junge Menschen eine Ausbildung beginnen. Es liegt inzwischen bei 20 Jahren. Das muss man wissen, das hat sich über die letzten Jahre ziemlich verändert, junge Menschen sind zum Zeitpunkt des Beginns ihrer Ausbildung immer älter. 20,0 Jahre ist der Durchschnitt. Das BIBB, das Bundesinstitut für Berufsbildung, befragt alle zwei Jahre junge Schulabgänger nach ihren Wünschen, wohin sie sich orientieren wollen. Man hat festgestellt, dass 47 Prozent der jungen Schulabgänger gerne eine duale Ausbildung machen wollen, 20 Prozent ein Studium und 12 Prozent es noch nicht wissen. Das ist die Erhebung aus 2012, diejenige aus 2014 liegt uns leider noch nicht vor, diese würden wir gerne nachreichen. Entscheidend ist aber der Trend, nämlich, dass immer weniger junge Menschen eine duale Ausbildung machen wollen und dass im Endeffekt die Akademisierung des Arbeitsmarktes schon beginnt. 2004 wollten 12 Prozent der jungen Schulabgänger ein Studium angehen, 2012 waren es schon 20 Prozent. Den Wunsch nach einem dualen Ausbildungsberuf gab es 2004 bei 54 Prozent. Das ist zwar zwischenzeitlich noch einmal angestiegen auf 57 Prozent in 2006, dann aber abgesunken, und der Trend ist auch abnehmend. Wir haben dieses Jahr erstmalig die Situation, dass wir in der Bundesrepublik mehr Studienanfänger haben als abgeschlossene duale Ausbildungsplätze, das gab es noch nie. Das ist eine Situation, die wir in den nächsten Jahren beurteilen und ansehen wollen. Das ist die Situation von den Wünschen her.

Die nächste Folie zeigt die Realität – wo die Jugendlichen dann tatsächlich ankommen. Junge Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden



sich zu 30 Prozent in einer dualen Ausbildung wieder, zu 18 Prozent im Studium – das entspricht ungefähr dem Wunsch. Bei der dualen Ausbildung gibt es einen wesentlichen Unterschied.

18 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden sich in einem sonstigen Job, im Praktikum, früher im Zivildienst, heute in irgendeinem Freiwilligendienst wieder. Das muss man festhalten. Bei den dualen Ausbildungsgängen ist es über die letzten Jahre hinweg immer bei 30 Prozent geblieben, für das Studium sind die Zahlen zunehmend. Das sind die wesentlichen Punkte.

Unser Ausbildungsreport befragt jedes Jahr ca. 18.000 junge Menschen. Wir gehen in die Berufsschulen und fragen junge Menschen nach der Ausbildungsqualität. Dieses Jahr hatten wir Anfang September den Schwerpunkt vorgestellt, wie die Ausbildungsqualität speziell bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist. Dazu werde ich nachher kommen, denn das ist eine Situation, die zu beachten ist, die nicht in jedem Fall gleich ist wie für junge Menschen ohne Migrationshintergrund, das muss man auch ganz klar sagen. Die Situation, die wir jetzt haben, wird die Bundesrepublik, die Betriebe und die Schulen in den nächsten Jahren vor ganz andere Herausforderungen stellen. Dazu komme ich nachher noch einmal gerne im Detail. Wir befragen u. a. junge Menschen, ob sie im Wunschberuf gestartet sind, das ist nämlich ganz entscheidend für den Verbleib in einem Betrieb; ob die Qualität der Ausbildung für gut empfunden wird und auch gut gemacht wird; ob der gewählte Ausbildungsberuf einem oder mehreren interessanten Berufen entsprochen hat oder ob er eine nicht geplante Alternative war oder eine Notlösung. So habe ich das auch aufgliedert.

Es gibt bestimmte Bereiche, die aufgrund bestimmter Zahlen herausragend sind. Traditionelle Handwerksberufe, wie z. B. Friseurinnen und Friseure oder auch Köche, wurden überdurchschnittlich häufig angegeben ...

Zwischenruf von MdB Pöls: Koch ist kein Handwerksberuf.

Das ist gut möglich, das ist ein Beruf im Hotel- und Gaststättenbereich, so ist er auch bei uns ausgewiesen. Aber Handwerksberufe wie Friseurinnen und Friseure werden von fast 60 Prozent der Auszubildenden, die als Friseurin oder Friseur angefangen haben, angegeben. Das ist schon sehr interessant, weil die Ausbildungsqualität und die Ausbildungsbedingungen dort tendenziell eher schlecht sind. Sie schneiden mit der Ausbildungsqualität am schlechtesten ab. Hier gibt es also Vorschusslorbeeren, die sich dann in der Ausbildung nicht mehr bestätigen. Fast jeder zweite Koch bricht seine Ausbildung frühzeitig ab.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Nun gehen die jungen Leute ja nicht ohne Vorwissen in eine Berufsausbildung. Ich kenne das auch noch aus meiner Zeit, das ist nun auch schon 35 Jahre her: es gibt Vorbereitungen in den Schulen, es gibt Praktika, die man in den Betrieben macht, es gibt Berufsfindungsmärkte, es gibt auch in den Rahmenlehrplänen Unterweisungen durch die Agentur für Arbeit. Früher kamen die Berater vom Arbeitsamt in die Schulen, so kenne ich das noch, und haben über Berufe aufgeklärt. Hat das im Laufe der Jahre abgenommen oder warum ist das nicht besser geworden? Dass es früher vielleicht so war, dass man überhaupt keine Vorstellung oder völlig andere Vorstellungen von einem Beruf hatte, kann ich noch nachvollziehen; aber in der heutigen Zeit, wo die Jugendlichen so viele Möglichkeiten haben, wo sogar die Betriebe in die Schulen gehen, nicht nur einzelne Wirtschaftsbereiche, wundert es mich schon ein bisschen, dass es das immer noch gibt. Oder werden die Schüler mit solchen Sachen überfrachtet? Ich komme selbst aus dem Handwerk und habe ein Handwerk erlernt und habe mit 16 Jahren und nicht mit 20 Jahren angefangen.

Florian Hagenmiller (Deutscher Gewerkschaftsbund): Berufsorientierung ist einer der ganz entscheidenden Schlüssel, um eine vernünftige Passung hinzubekommen zwischen dem, was sich ein Jugendlicher wünscht, und dem, was ein Betrieb im Endeffekt braucht. Und da haben wir Probleme im Ausbildungsmarkt, nämlich die sogenannten Passungsprobleme. Die Situation, dass gerade in den Bereichen des Handwerks, im Hotel- und Gaststättengewerbe sehr viele Ausbildungsplätze



unbesetzt bleiben, führen wir darauf zurück, dass die Ausbildungsqualität in diesen Bereichen – das ist auch in unserer Studie nachzulesen – sehr schlecht ist und dass vielmals gerade die jungen Menschen mit einer niedrigeren Vorausbildung, mit niedrigem Schulabschluss mit einer gewissen Erwartung hineingehen und sich nicht dementsprechend schlau gemacht haben bzw. beraten wurden. Das ist das Entscheidende. Die Beratung ist ähnlich wie früher, nur haben wir auf diesem Markt so viele Angebote und so viele Möglichkeiten. In Hamburg gibt es das Modell der Jugendberufsagenturen, das jetzt auch in einigen anderen Bundesländern angegangen wird und das wir sehr positiv bewerten. Man kann das bildlich so darstellen, dass dort ein Mensch in ein Gebäude hineingeht und von dort aus orientiert wird; es ist nicht so, dass der Mensch in der Mitte steht und alles auf ihn einprasselt. Die Orientierung ist da eine andere. Ich glaube auch, dass wir uns verändern müssen – sowohl die Betriebe als auch die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit oder auch anderer Bildungsträger. Wir haben wesentlich weniger Jugendliche in der Bundesrepublik und durchaus Fachkräftebedarf und Ausbildungsplätze, die unbesetzt sind, das ist definitiv so. Daher muss auf jeden Fall die Berufsorientierung deutlich besser, einfacher und klarer werden. Die genauen Zahlen veröffentlichen wir jeden Monat. Wir sind sehr gespannt, wie das Ausbildungsjahr dieses Jahr angelaufen ist. Das wird erst klar werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit Ende Oktober, ich glaube am 29. Oktober, die aktuellen Ausbildungszahlen veröffentlicht. Dann werden wir wissen, wie viele unbesetzte Ausbildungsplätze und wie viele unversorgte Bewerber, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, es gibt, das sind im Übrigen wesentlich mehr als unbesetzte Ausbildungsplätze. Das muss man schon an der Stelle auch sagen. Das zum Ausbildungsmarkt.

Kurz zur Berufswahl: Die Berufe im Industriebereich wie z. B. der Industriemechaniker werden von jungen Menschen überdurchschnittlich häufig als Wunschberuf angegeben. Genau in diesen Bereichen finden sie gute Ausbildungsbedingungen vor und die Perspektive ist auch sehr gut. Gerade der Bereich Industrie-, Metall- und Elektroindustrie ist sehr gut geregelt und die Jugendlichen finden auch in einigen technischen IT-Berufe sehr

gute Ausbildungsbedingungen vor. Auf dem nächsten Chart haben wir die Ergebnisse zu der Frage ausgewertet, wie entscheidend die Berufswahl von der Betriebsgröße abhängig ist. Wir stellen fest, dass überdurchschnittlich viele Auszubildende entweder eher in kleinen Betrieben, also mit eins bis vier Mitarbeitern, oder im anderen Extrem in Großbetrieben ihre Ausbildung beginnen, nämlich mit Beschäftigtenzahlen ganz deutlich über 500. Das erklären wir uns damit, dass gerade größere Betriebe sehr viel Sicherheit, sehr gute Ausbildungsbedingungen und geregelte Konditionen zur Verfügung stellen. Diejenigen, die in kleinere Betriebe gehen, haben eher eine starke Identifikation mit einem Beruf und sehen vielleicht auch ganz gern, was sie in ihrer Ausbildung schaffen oder erschaffen. Das hat auch viel mit Kollegialität und Intimität zu tun. Das ist unsere Erklärung. Es sind durchaus spannende Zahlen, wie die Berufswahl von der Betriebsgröße abhängt. Kurz zur Erklärung der Darstellung: Die blauen Balken sind diejenigen Jugendlichen, die ihren Wunschberuf bekommen haben. Im roten Bereich sind diejenigen, die in einem der interessierenden Ausbildungsberufe gelandet sind. Im grauen Bereich geben die Jugendlichen an, dass der gewählte Ausbildungsberuf eine Alternative gewesen ist und im orangefarbenen Bereich sprechen sie von einer Notlösung. Schaut man nach dem Schulabschluss der jungen Menschen, dann stellen wir fest, dass Auszubildende ohne Schulabschluss überdurchschnittlich oft die Notlösung angeben. Gleichzeitig geben mit 40,7 Prozent überdurchschnittlich häufig Jugendliche dieser Gruppe an, dass sie ihren Wunschberuf erlernt haben. Wir stellen u. a. fest, dass diejenigen mit einer höheren Vorausbildung eher sagen, „okay“ und dazu tendieren, einen Ausbildungsberuf zu nehmen, der einer ihrer Alternativen entspricht. Sie sind vielleicht flexibler. Es fällt auf, dass Abiturientinnen und Abiturienten am seltensten im Wunschberuf landen – das ist ganz interessant. Das liegt aus unserer Sicht daran, dass es für junge Menschen, die ein Studium beginnen wollen, unglaublich viele Möglichkeiten gibt. Das Angebot von knapp 9.000 Studiengängen muss man da auch ansprechen. Wir haben Universitäten, Fachhochschulen, inzwischen auch ein duales Studium und dann auch noch die betrieblichen Ausbildungsberufe. Das ist total vielseitig, und das muss man bei den jungen Menschen, die ganz andere Möglichkeiten



haben als diejenigen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss, berücksichtigen.

Die nächste Folie ist auch ganz interessant. Wir untersuchen immer die Unterschiede zwischen weiblich dominierten und männlich dominierten Ausbildungsberufen. Ein Beruf ist dann ein weiblich dominierter Ausbildungsberuf, wenn mindestens 80 Prozent der Azubis weiblich sind. Bei den weiblich dominierten Ausbildungsberufen wurde eher angegeben, dass es sich um eine Notlösung handelt und bei den männlich dominierten Ausbildungsberufen war es eher der Wunschberuf. Das kann man prinzipiell festhalten, was das Geschlechterverhältnis angeht. Wenn man sich die Einmündungsquoten in eine duale Ausbildung ansieht, dann landen überdurchschnittlich viele Männer und weniger Frauen in der dualen Ausbildung.

Bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund stellen wir zunächst fest, dass 12,4 Prozent der von uns Befragten mindestens einmal auf ihrem Weg in eine Berufsausbildung aufgrund ihrer Herkunft oder Staatsangehörigkeit in der Berufswahl diskriminiert wurden. Das nimmt im Übrigen in den Betrieben zu, da sind es dann schon 22,4 Prozent. Das sind Zahlen, die man erwähnen muss. Bei der Berufsorientierung spielt der Migrationshintergrund eine Rolle. Jugendliche mit Migrationshintergrund landen weniger oft im Wunschberuf als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Im Zusammenhang zur Debatte über die Jugendlichen mit Migrationshintergrund möchte ich darauf hinweisen, dass die Auswahl der jungen Menschen auch davon abhängig ist, in welcher Stadt, in welchem Kiez oder sozialen Brennpunkt man wohnt. Im letzteren Fall bekommt man wesentlich weniger häufig die Möglichkeit, eine Ausbildung zu beginnen. Für diejenigen, die eher aus dem Milieu des Bildungsbürgertums kommen, ist es wesentlich einfacher, auch den Wunschberuf zu bekommen. Daher sagen wir ganz klar, dass für junge Menschen, die sich um einen Ausbildungsplatz oder auch um ein Studium bewerben, eine anonymisierte Bewerbung eingeführt werden muss. Ganz entscheidend ist, dass die Bindungsquote inzwischen abnimmt. Junge Menschen beginnen ihre Ausbildung bei einem Betrieb und wechseln relativ schnell den Arbeitgeber oder

machen eine weitere Ausbildung, eine Weiterbildung oder ein Studium. Es ist sehr wichtig, dass junge Menschen im Wunschberuf landen, weil dann die Wahrscheinlichkeit wesentlich höher ist, dass sie eine gute Ausbildung bekommen und dass sie vor allem beim Arbeitgeber bleiben. Das ist ein ganz entscheidender Faktor, und da sind wir uns auch mit den Arbeitgebern einig – ich hatte dazu vor kurzem ein Gespräch mit einem großen Arbeitgeber –, dass man da etwas tun muss. Es ist uns vollkommen klar, dass nicht jeder in seinem Wunschberuf landen kann, aber es muss ein auswahlfähiges Angebot geben.

Wir wünschen uns selbstverständlich auch, dass im Rahmen der Veränderung und Evaluation des Berufsbildungsgesetzes im nächsten Jahr Rahmenbedingungen verändert und angepasst werden und mit in den Gesetzgebungsprozess einfließen.

Vorsitzende: Vielen Dank für die einführenden Worte und für die Einblicke, die ihr uns gegeben habt. Ich möchte mit einer Nachfrage oder vielleicht Zuspitzung anfangen. Junge Menschen müssen weit vor dem Alter, in dem sie nach dem aktuellen Wahlgesetz wählen können, Entscheidungen für ihr eigenes Leben treffen, die im Zweifel viel weitreichender sind, nämlich die für einen Beruf und eine Laufbahn. Es stellt sich die Frage – Herr Pöls hat das schon mit seiner Frage angerissen –, was die Jugendlichen brauchen, um diese Entscheidung wirklich kompetent treffen zu können, um zu wissen, auf was sie sich einlassen, was sie erwartet, um nicht in die Situation zu kommen, das Einfachste oder das, was die Erwachsenen sagen, nehmen zu müssen. Sie müssen ja befähigt sein, ihre eigene Entscheidung für ihr Leben kompetent treffen zu können. Welche Rahmenbedingungen brauchen die Jugendlichen dafür?

Ilona Wolf (Sächsische Bildungsgesellschaft für Umweltschutz und Chemieberufe Dresden mbH): Wenn man weiß, dass der Berufswunsch zum größten Teil von den Eltern kommt und dass viele in einen Wunschberuf „hineinstolpern“ und dann mitten im Beruf feststellen, dass es nicht ihr Beruf ist, müssten die Kinder wahrscheinlich mehr Möglichkeiten haben, sich auszuprobieren und



nicht nur über ein Praktikum. Wir wissen, wie in manchen Betrieben ein Praktikum aussieht. Da kommen sie hin und sortieren den ganzen Tag irgendwelche Akten. Es muss wirklich so sein, dass sie sich im Beruf ausprobieren können und eine individuellere Berufsvorbereitung betrieben wird.

Zur Frage von Herrn Pols, was schlechter oder besser geworden ist: Ich glaube, da hat sich gerade von der Arbeitsagentur her nicht viel verändert. Aber ich glaube, dass die Menschen ein Stück weit anders geworden sind. Man müsste das anpassen. Wir haben es mit jungen Menschen zu tun, die auf der einen Seite über ihr Leben entscheiden wollen, aber auf der anderen Seite manchmal hilflos dastehen und dann in einen Beruf hineinstolpern, den sie von den Eltern vorgelebt bekommen. Ich habe dafür auch kein Rezept. Ich sehe das so, dass es sehr viele verschiedene Instrumente der Berufsorientierung gibt, die aber ungeordnet sind – hier ein Tröpfchen und dort ein Tröpfchen. Ich denke auch, das müsste im neuen Gesetz für alle besser geregelt werden. Man merkt sehr stark, welche Schule sich engagiert, welche Schule Angebote annimmt und wer nichts für seine Schüler tut. Das ist meine Erfahrung.

Elisabeth Maier (Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin): Im Schulbereich werden meistens zwei Praktika angeboten. Wir haben festgestellt, dass das eigentlich zu wenig ist. Auch die Festschreibung der Praktika – einmal das Betriebspraktikum, einmal das Sozialpraktikum – ist überlegenswert: Wenn jemand die 10. Klasse wiederholen muss, muss er noch einmal das Sozialpraktikum machen, obwohl er schon im ersten Praktikum festgestellt hatte, dass ihm das nicht liegt. Warum hat er dann nicht die Möglichkeit, stattdessen in eine Tischlerei zu gehen? Oder wenn man ein Betriebspraktikum gemacht hat und sich vorstellen kann, dass Soziales gar nicht passt, sollte man die Möglichkeit haben, es gar nicht machen zu müssen. Es kann ja auch eine Entscheidung sein, lieber einmal beim Koch und einmal bei der Tischlerei hereinzuschauen; diese Möglichkeit muss dann gegeben sein. Es wäre sinnvoller, mehrere Praktika anzubieten, nicht nur diese zwei, so dass man auch wirklich die Möglichkeit hat, in ganz verschiedene Bereiche hineinzuschauen.

Auch wir haben noch als Problem gesehen, dass es tatsächlich sehr an den Schulen liegt, wie sie auf die Berufsvorbereitung reagieren. Es gibt Schulen, die sehr hinterher sind, die fordern oder anbieten, dass die Schülerinnen und Schüler auf Berufsmessen gehen, sich fortbilden, weiterbilden und informieren. Dann gibt es wiederum Schulen, die das gar nicht groß anbieten und die Schüler vielleicht auch gar nicht aus eigenem Interesse darauf kommen, auf eine Berufsmesse zu gehen. Es wäre daher vielleicht sinnvoll, Schulen generell zu verpflichten, solche Berufsmessen anzubieten und mehr hinterher zu sein. Ich glaube, es ist auch gerade bei den Praktika das Problem, dass es für viele Arbeitgeber auch im Hinblick auf das Organisieren mehr eine Belastung ist. Das Praktikum soll für die Jugendlichen sein, es soll ja für diese eine Möglichkeit sein, einen Einblick zu bekommen. Da muss es auf jeden Fall noch mehr Möglichkeiten und auch mehr Unterstützung von der Schule geben.

Johannes Fester (Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin): Das unterstütze ich voll und ganz. Die Praktika müssen auf jeden Fall mehr werden, diese zwei Wochen reichen mitnichten für irgendeine Orientierung, in welche Richtung man beruflich gehen möchte. Ein ganz großer Punkt, der bisher noch nicht genannt wurde, ist in meinen Augen die finanzielle Abhängigkeit, die finanziellen Rahmenbedingungen während einer Ausbildung oder eines Studiums. Aus meiner Sicht muss es möglich sein, dass man seine Berufswahl oder seine Entscheidung, welchen Beruf man erlernen möchte, nicht davon abhängig machen muss, wie das Einkommen der Eltern oder auch das eigene Einkommen während der Ausbildung ist. Es gibt so viele Ausbildungsberufe, die unglaublich schlecht bezahlt werden, wo man von Bezahlung eigentlich gar nicht sprechen kann, und teilweise muss man für eine Ausbildung auch noch Lehrgeld entrichten. Ich kann mir vorstellen, dass damit auch zusammenhängt, dass gerade viele Abiturienten nicht ihren ersten Wunschberuf ergreifen können, weil Studieren extrem teuer ist und nicht jedes Elternhaus die Unterstützung leisten kann. Zwar gibt es auch viele staatliche Hilfen, von denen allerdings aus meiner Erfahrung fast niemand weiß, jedenfalls wird man in der Schulzeit nicht darauf vorbereitet, wo man sich Hilfe holen kann, wo man Unter-



stützung zur Finanzierung der Berufsausbildung oder des Studiums im Hinblick auf BAföG erhalten kann. Ich kenne keinen einzigen Menschen, der das System verstanden hat und erklären kann, warum jemand für BAföG zugelassen wird und Bruder oder Schwester nicht. Das ist sehr schwer nachzuvollziehen. Es gibt so viele Dinge im alltäglichen Leben, auf die man während der Schulzeit überhaupt nicht vorbereitet wird, wie z. B. die Beantragung von Wohngeld oder Wohnberechtigungsschein. Man muss so vieles organisieren. Es geht ja nicht nur um diesen Beruf, den man ergreifen möchte, man macht sich auch Sorgen und hat Zukunftsängste – was kommt danach? Wie schreibe ich eine Steuererklärung? Ich habe keine Ahnung, auch wenn es bei mir bald ansteht, ich muss mich da noch schlau machen. Es wäre auf jeden Fall sinnvoll, wenn schon während der Schulzeit im Unterricht auch auf solche Dinge vorbereitet würde, die dann im Berufsalltag auf jeden Fall sehr wichtig werden und die einen dann, glaube ich, auch erschlagen.

Florian Haggemiller (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ergänzend dazu halte ich Beratung im Rahmen der Ausbildung, aber auch in der Ausbildungsvorbereitung für ganz entscheidend. Wichtig ist dafür ein gutes Praktikum. Gut heißt, dass man einen guten Einblick bekommt, was in dem Betrieb, in der Dienststelle oder vielleicht auch sogar in der Hochschule ausgebildet wird. Daher finde ich es sehr gut, dass gerade eine Initiative der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu der Frage, wie denn ein gutes Schülerpraktikum aussieht, gestartet wurde. Ich hoffe, diese kommt zum Erfolg, weil wir feststellen, dass viele Praktika zur Berufsorientierung dafür eigentlich gar nicht geeignet sind. Das haben die Arbeitgeber auch erkannt und sie wollen selbstverständlich den jungen Menschen gute Einblicke geben. Das ist ganz entscheidend, weil junge Menschen praxisorientiert etwas erleben wollen; Broschüren sind zwar schön und gut, aber man muss sie dort abholen, wo sie sind. Junge Menschen sind in den sozialen Netzwerken, in den unterschiedlichsten Bereichen des digitalen Zeitalters unterwegs. Diese kenne ich an vielen Stellen auch nicht, aber darauf muss man sich einlassen und Angebote schaffen. Die Angebote der Schulen, der Bundesagentur, der Arbeitgeber oder der Gewerkschaften müssen einfach besser werden, das ist ganz klar. Ein ganz ent-

scheidender Punkt in der dualen Ausbildung ist ein auswahlfähiges Angebot. Das ist aber ein großes Problem, wenn nur noch ein Viertel der Betriebe ausbilden. Das ist die Situation – Trend weiter abnehmend. 20,4 Prozent der Betriebe, also nur jeder fünfte Betrieb bildet noch aus. Da können die jungen Menschen kein breites, auswahlfähiges Angebot erhalten. Da muss etwas passieren. Ich bin gespannt, ob die Zahlen der Allianz für Aus- und Weiterbildung erreicht werden. Dort wurden 20.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze verabredet. Für 2015 sieht das momentan nicht so aus. Es geht um eine klare, einfache Berufsorientierung, die möglichst praxisnah erfolgen sollte und Perspektiven aufzeigt, wo der Weg hingehen könnte. Es sollte nicht nur ganz allgemein gesagt werden, „naja, du machst jetzt mal für drei Jahre eine Ausbildung und dann schauen wir weiter“, sondern es ist konkret zu sagen, wo es hingehen könnte. So eine Orientierung brauchen junge Menschen, das wäre gut.

Wir stellen fest, dass die Einstellungsvoraussetzungen der Arbeitgeber anspruchsvoller geworden sind, aber die jungen Menschen – das zeigen diverse Studien – genauso klug, genauso geschickt sind wie eh und je; in den Bereichen der MINT-Berufe oder der technischen Anforderungen sind sie sogar besser als Jugendliche vor einigen Jahren. Ich glaube, das können wir uns nicht, das können sich auch die Arbeitgeber auf die Dauer nicht leisten. Ich wünsche mir ganz ausdrücklich, dass junge Menschen gefragt werden, wohin es gehen soll. Es geht darum, viel stärker individuell zu schauen, wo es hingehen soll, was der Jugendliche möchte und was er für Anforderungen hat, denn die Welt ist total unterschiedlich und sie wird noch viel unterschiedlicher werden, davon gehe ich aus. Ganz entscheidend wäre, individuelle Ansprüche und Anforderungen mehr zu berücksichtigen, denn mit so starren Systemen sind wir nicht zukunftsfähig.

Uns irritiert sehr, dass die Berufsorientierung gerade in Gymnasien sehr stark von einer ausschließlichen Orientierung in Richtung Studium geprägt ist, obwohl die Abbrecherquote z. B. in den MINT-Berufen extrem hoch ist. Da wäre es vielleicht sinnvoller, auch etwas praxisorientiertes Duales anzubieten. Das ist ein Thema, das ist ein



Problem, das muss man ganz ehrlich sagen. Das wird uns auch bestätigt, es ist nicht so, dass ich mir das aufgrund von Einzelgesprächen aus den Fingern sauge. Wir haben ein großes Beratungsforum, d. h. „Dr. Azubi“ im Internet, in dem sich junge Menschen direkt an Experten wenden und ihre Probleme schildern können, die sie auch bei der Berufsorientierung erlebt haben, in dem wir das festgestellt haben. Auch die Studierendenberatung ist eine ganz entscheidende Sache. Für die Jugendlichen ist sehr wichtig zu wissen, was auf sie zukommt.

Johannes Fester (Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin): Ich habe das anders erlebt. Ich habe nicht die Erfahrung gemacht, dass am Gymnasium überdurchschnittlich viel im Hinblick auf ein Studium berufsorientiert wird. An meinem Gymnasium war z. B. das Gegenteil der Fall. Ich habe eigentlich fast gar nichts über das Studieren erfahren. Wenn wir Veranstaltungen zur Berufsorientierung hatten, ging es eigentlich fast nur um Ausbildungsberufe. Zum Studium haben wir für verschiedene Studienfächer ein Buch erhalten, in dem wir lesen durften. Aber wir wurden nicht wirklich darüber aufgeklärt, was das bedeutet, was das überhaupt für Aufgabenfelder sind. Wir haben darüber gesprochen, auf Berufsorientierungsmessen zu gehen, aber da sind staatliche Hochschulen doch sehr selten vertreten, diese sind wirklich schwer zu finden. Da findet man vielmehr die privaten Schulen, die ihre Hand aufhalten und sich die Ausbildung vergüten lassen wollen. Da wäre es schön, wenn man auf solchen Messen, zu denen man sowieso relativ schwer kommt, weil sie in der Regel in der Schulzeit stattfinden und selten von der Schule organisiert werden, die staatlichen Bildungsangebote zumindest von den staatlichen Universitäten finden könnte.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank für Ihre Berichte. Ich bin ausbildungspolitische Sprecherin der Grünenfraktion und deswegen kenne ich das, was Sie vorgetragen haben, zumindest vom Hörensagen ganz gut. Sie hatten angesprochen, Frau Wolf, dass die Berufswahl häufig durch die Eltern bestimmt sei. Ich bin viel unterwegs. Wir haben eine „Grüne Ausbildungsgarantie“ erfunden, mit der wir landauf, landab unterwegs sind. Viele

Berufsschullehrer und -Lehrerinnen sind der Meinung sind, dass es überhaupt sehr spät sei, diese Berufsorientierung in der siebten, achten Klasse zu starten, gerade weil die Eltern sehr involviert seien. Sehr häufig haben die Eltern nur ein Interesse und das geht meistens in Richtung Abitur, „mach mal auf jeden Fall Abitur“. Und das beginnt wirklich in der Grundschule. So bekommen die Kinder in der zweiten Klasse Nachhilfe, damit sie auf das Gymnasium kommen. Es ist verrückt, ich habe selbst fünf Kinder und finde, es wird immer schlimmer. Meine Kinder sind jetzt zwischen 16 und 24, und schon damals war in der ersten Klasse so ungefähr die erste Frage: Wie hoch ist die Übergangsquote an der Grundschule? Das ist mittlerweile Wahnsinn, das werden wir vielleicht auch nicht mehr aufhalten, aber es gibt mittlerweile ein totales Ungleichgewicht in der gesellschaftlichen Bewertung dieser Berufe. Ich war kürzlich mit dem Ausschuss in der Schweiz, dort ist es noch ganz anders. Da ist ein Handwerksberuf genauso viel wert wie ein akademischer Beruf. Und davon sind wir leider weit weg. Sollte man nicht zumindest in den Klassen wesentlich früher ansetzen mit der Berufsorientierung und auch ein bisschen mit dem praktischen Bereich, um diese Gleichstellung vielleicht ein Stück weit wieder herzustellen? Ich sehe das genauso, eine Woche ist viel zu kurz, und wenn man Pech hat, ist man wirklich nur am Kaffee kochen oder kopieren. Man muss schon sehr viel Glück haben, um in einer Woche wirklich sagen zu können, „das ist jetzt nicht das, was ich mir gewünscht habe.“ Wie könnte man das besser machen und wo sehen Sie die Zeitspanne, in der man das am besten macht?

Herr Haggenmiller, Sie haben die Mädchen angesprochen. Die Berufswahl von Mädchen ist noch einmal etwas ganz anderes. Ungefähr die Hälfte aller Mädchen will zehn Berufe, und davon sind drei aus dem Bereich Einzelhandel, Friseurinnen und Bürokauffrau. Das heißt, sie wählen Berufe, die sowohl von der gesellschaftlichen Stellung als auch von der monetären Seite bei uns leider nicht hoch angesehen sind; d. h., sie verdienen bis in die Rente wenig. Da gibt es tausend Ansätze und Versuche, um Mädchen dazu zu bringen, sich vielleicht auch Berufe zu suchen, die besser bezahlt sind. Im Grunde genommen bin ich kein Fan davon. Ich würde meine vier Töchter nie zwingen,



etwas zu machen, was sie nicht wollen, dass sie beispielsweise Technik machen, wenn sie das gar nicht wollen. Ich selbst komme auch aus dem sozialen Bereich und bin Psychologin, und da hätte es gar nichts genutzt, wenn man mir gesagt hätte, „werde Technikerin“. Es geht eigentlich darum, dass man das monetär aufwertet, also dass sich die Gesellschaft bewegt. Ich habe die Zahl aus Ihrem DGB-Ausbildungsreport, ca. 35 Prozent der jungen Männer sagen, sie kommen in ihrem Wunschberuf unter und nur 28 Prozent der Mädchen. Da besteht immer noch sehr viel Ungleichgewicht.

Zur Ausbildungsqualität, die Sie genannt haben. Wir haben auch in Bayern vor allem im Bereich Gastronomie, Metzger und Bäcker sehr viele freie Ausbildungsplätze, das wollen die jungen Leute nicht mehr gerne machen. Das ist sicher eine Frage der Qualität der Ausbildung, es ist aber auch eine Frage der Bezahlung und der Arbeitszeiten usw. Wie geht man damit um? Eigentlich müsste man ja ansetzen und sagen, ihr müsst diese Ausbildungsberufe erneuern, damit sie wieder attraktiv werden. Oder nützt es, wenn wir dauernd fordern, dass Jugendliche sich anpassen sollen?

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Bevor ich in den Bundestag kam, war ich Sprecher für berufliche Bildung meiner Landtagsfraktion im Landtag Brandenburg und habe viel mit den Kammern und der DGB-Jugend Berlin/Brandenburg zusammengearbeitet. Insofern ist mir das Thema durchaus vertraut. Ich will gar nicht alles wiederholen, was gekommen ist. Ich will vielleicht zu zwei Bereichen etwas sagen, nämlich zu dem, was Schule kann. Ich finde, man sollte Schule nicht überfordern. Es gab in den letzten 15/20 Jahren eine regelrechte Explosion in den Lehrplänen, was Schule alles zu können hat, eine Ausweitung des Fächerkanons, eine Verdichtung der Zeit, in der man in Schule ist und eine Verdichtung dessen, was da passieren soll. Ich bin überhaupt nicht der Auffassung, dass man in der Schule lernen sollte, wie man einen Hartz IV-Antrag stellt, einen WWS-Schein beantragt oder einen Wohngeldantrag stellt. Ich finde, das ist nicht Aufgabe von Schule. Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass Schule die Aufgabe hat, auf den Beruf zu orientieren – das schon. Da gibt es auch Diskussionen, am besten in der Kita oder in der Grundschule

anzufangen. Das halte ich – ehrlich gesagt – meistens für Quatsch. Ich finde, das ist eine klassische Aufgabe für die Sekundarstufe I, und ich finde, dass es dort unterschiedlich gut umgesetzt wird. Man wird für alle Seiten immer Einzelbeispiele finden. Die Kolleginnen und Kollegen haben gesagt, dass auf dem Gymnasium die Orientierung auf die Berufsausbildung nicht funktioniert. Das liegt auch daran, dass es in den Schulgesetzen zum Teil gar nicht ordentlich angelegt ist und in den 16 Ländern sehr unterschiedlich geregelt ist. Das Denken seitens des Gesetzgebers, dass das Aufgabe des Gymnasiums ist, ist überhaupt nicht vorhanden. In den Oberschulen – wie auch immer sie heißen, Sekundarschulen, wenn ein mittlerer Schulabschluss angestrebt wird – hängt die Handhabung häufig von den Schulen ab und nicht davon, was der Gesetzgeber sagt. Wenn ich mir dann die Spiegelseite anschau, finde ich die Zahlen von dir total interessant. Wir haben eine ganze Reihe von Ländern, die mit feiner Regelmäßigkeit eine Abiturquote von über 50 Prozent erreichen. Da macht also jeder zweite mit Schulabschluss ein Abitur. Das ist eine beachtliche Zahl. Wenn davon 18 Prozent in ein Studium gehen und nur 30 Prozent eines Jahrgangs eine Ausbildung beginnen, kann ich ausrechnen, welche Schulabschlüsse diese 30 Prozent haben. Ich war letzte Woche wie jedes Jahr in Ludwigsfelde – ein großer Industriestandort in Brandenburg – auf einer Berufsmesse, wo aus dem gesamten Landkreis Teltow-Fläming die jungen Leute hingebacht werden. Ich gehe dann auch zu den Ständen und frage, und die Handwerkskammern und Ausbildungsbetriebe stöhnen immer so ein bisschen, „unsere Ausbildungsbetriebe eichen total auf Abitur“ – aber nicht als akademische Voraussetzung für die Ausbildung, sondern weil sie flexible Arbeitszeiten haben. Die Industriebetriebe wollen die Auszubildenden gerne im Schichtsystem einsetzen und wollen daher gerne volljährige Auszubildende haben, weil sie ansonsten Probleme mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz bekommen. Da ist in den letzten Jahren etwas passiert, das mit dem Klagen über die demografische Entwicklung überhaupt nicht mehr übereinstimmt. Es ist schön, dass Daimler-Benz jetzt Scouts in die Erstaufnahmzentren ausschickt, um ausbildungsfähige Jugendliche herauszufinden, sich also Flüchtlinge herausammelt, um sich ein größeres Reservoir von Ausbildungswilligen zu organisieren, aber das löst



ja das Problem nicht. Ich glaube schon, dass wir auf zwei Seiten ein Umdenken brauchen: zum einen da, wo Berufsausbildung oder Berufsorientierung stattfinden muss. In den Schulen muss überall ankommen, dass es eine vernünftige Orientierung geben muss. Das gilt auch für die Länder. Ich finde, das kann man auf gesetzlicher Ebene in den Schulgesetzen ordentlich regeln. Das können wir hier nicht tun, das ist Länderaufgabe. Das ist sehr unterschiedlich geregelt. Zweites haben wir hier schon einige Möglichkeiten für etwas Bewusstseinsbildung; das können wir schon machen. Es muss in den Betrieben wieder ankommen, dass man wieder ein, zwei Level herunterfahren muss und es wieder üblich sein muss, dass jemand mit mittlerem Schulabschluss eine duale Ausbildung anstrebt und nicht noch zwei Jahre warten muss, bis er volljährig ist und Abitur macht. Mich ärgert dann auch die Debatte, die wir permanent über Fachkräftemangel und alles, was damit einhergeht, führen, während man über eine Verknappung von betrieblichen Ausbildungsplätzen oder warum Betriebe betriebliche Ausbildungsplätze nicht mehr anbieten gar nicht redet. Möglicherweise muss man auch darüber reden, wie man rechtliche Rahmenbedingungen auch verändert. Da bin ich für vieles offen, da kann man sich auch alles Mögliche anhören. Ich finde das Auseinanderklaffen eklatant zwischen einerseits der Klage über den Fachkräftemangel und wie schlimm das alles ist und dass man keine Auszubildenden findet und andererseits den Standards für eine Ausbildung, die an junge Menschen herangetragen werden und die diese immer weniger erfüllen können. Das funktioniert auch überhaupt nicht.

Jetzt komme ich zum letzten Punkt und zu einer Frage: Könnten hier Jugendberufsagenturen eine Lösung sein? Auf Bundesebene wird das mit unterschiedlich positiven und negativen Vorzeichen hoch und runter diskutiert. Wir hatten jetzt gerade eine schriftliche Einzelfrage beim BMAS mit Fällen, in denen genau das Gegenteil passiert, nämlich die Arbeitsagentur ganz gerne die Schulpflicht unterläuft und versucht, die Jugendlichen eher schnell in Ausbildung zu bekommen, damit sie als Leistungsbezieher herausfallen. Da geht es um Bedarfsgemeinschaften, SGB II-Haushalte, bei denen sich die Arbeitsagentur dann auch möglicherweise über Jugendberufsagenturen freut. Denn damit bekommt man sie schneller aus dem Leis-

tungsbezug und sie sitzen nicht lange in der Schule herum. Das halte ich für eine gefährliche Entwicklung. Wie kann man eine Jugendberufsagentur so aufstellen, dass sie diesen gesellschaftlichen Konflikt, den ich beschrieben habe, etwas zusammenfügt, damit wir aus dieser sich abzeichnenden Ausbildungsmisere herauskommen?

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): Wenn Sie nicht wissen, wie Sie Ihre Steuererklärung machen sollen, gehen Sie einfach zu Ihrem zuständigen Finanzamt. Dieses ist verpflichtet, Ihnen zu helfen, entweder vergeben sie Termine oder Sie können so hingehen.

Vorsitzende: Kommt darauf an, was er für Einnahmen hat.

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): Gut, wenn er natürlich Einnahmen aus Kapitalvermögen und sonstige Einkommen hat, aber dennoch sind die Finanzämter verpflichtet, auch dabei zu helfen. Ich habe ja vorhin gesagt, dass ich auch einen Handwerksberuf erlernt habe. Ich habe mit 16 Jahren eine Lehre angefangen. Ich habe nach einigen Gesellenjahren auch die Meisterprüfung und mich selbstständig gemacht. Ich bin also den ganz klassischen Weg gegangen. Und erst dann habe ich mich für die Politik interessiert, das kam dann dazu. Ich möchte Ihnen ein bisschen aus der Praxis erzählen, nämlich dass die Lebenswirklichkeit ein bisschen anders aussieht, als sie hier vielfach dargestellt wird. Es ist natürlich richtig, Frau Wolf, dass viele junge Menschen, Kinder sich an ihren Eltern orientieren. Das war früher stärker, aber das ist vielleicht heute auch noch vorhanden. Das gibt es immer noch, dass der Vater sagt, „Mensch, ich hab Kfz-Mechaniker gelernt“ und seinen Arbeitgeber fragt, ob er den Sohn einstellen kann. Das gibt es immer noch, das weiß ich, aber das ist eigentlich auf dem Rückmarsch. Ich bin selbst Ausbilder – im Moment nicht mehr – und habe auch jahrelang junge Leute ausgebildet. Wenn Schüler bei mir von der Schule ankamen, habe ich sie immer ein zusätzliches Praktikum machen lassen. Meistens machen sie jetzt bis zur achten, neunten Klasse die zwei Schulpraktika, so ist das jedenfalls bei uns in Niedersachsen. Ich muss Ihnen aber auch Recht geben, es gibt auch schwarze Schafe,



d. h., gerade im Einzelhandel waren und sind heute noch von den Auszubildenden Regale zu füllen oder Akten zu sortieren. Aber es gibt auch Betriebe, und gerade da ist das Handwerk in den letzten Jahren auch aufgewacht, das muss ich ganz ehrlich auch sagen, in denen die Qualität der Schulpraktika wesentlich besser geworden ist, da wir die Problematik haben, Lehrlinge zu finden. Und wenn sich ein junger Mensch entscheidet, wie ich Glaser zu lernen, dann sage ich zu ihm, „dann kommst du in den Herbstferien oder in den Osterferien noch einmal eine Woche zu mir und dann läufst du noch einmal mit, um zu sehen, ob es auch wirklich was für dich ist.“ Ich halte es für sehr wichtig, dass das auch gemacht wird. Und dann kann der junge Mann oder die junge Frau auch sagen, „das ist was für mich“. Wir bilden bei uns im Betrieb auch Bürokaufleute im Handwerk aus, das macht dann meine Frau, und auch da müssen die Jugendlichen wissen, was letztendlich auf sie zukommt. In den letzten Jahren – vielleicht ist es auch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich – sind die Anstrengungen der Handwerkskammern, der Wirtschaftsverbände größer geworden, junge Menschen auch für den Beruf vorzubereiten: Es ist alles in die Rahmenlehrpläne aufgenommen worden, es gibt Berufsfindungsmärkte, Betriebe veranstalten einen Tag der offenen Tür für junge Leute oder gehen auch in die Schulen hinein. In Niedersachsen gibt es den Fachbereich Arbeit, Wirtschaft, Technik – der in anderen Ländern eventuell eine andere Bezeichnung hat –, zu dem Betriebe, das Handwerk und Großbetriebe eingeladen werden. Da wird schon vieles gemacht. Wir haben den Boys‘- oder Girls‘Day, der jährlich stattfindet, der eigentlich dazu gedacht war, dass die eigenen Kinder den Beruf des Vaters kennenlernen. Das hat sich aber gewandelt. Wir haben den Girls‘Day regelmäßig hier im Deutschen Bundestag, wo man sich dann auch letztendlich darum kümmert. Also kurz gesagt: es wird hier viel gemacht. Ich muss aber auch konstatieren, Herr Haggenmiller, dass die Ansprüche – auch im Handwerk – größer geworden sind. Einen Oldtimer können Sie noch selbst reparieren und selbst den Ölfilter wechseln, das können Sie bei den heutigen Autos nicht mehr. Wir haben gerade die Diskussion zu den Abgasvorrichtungen bei VW. Die sind heute ganz anders als noch vor 25 Jahren. Da ist mehr IT dabei. Wenn ich gerade auch an die IT-Berufe denke, früher war

es der Radio- und Fernsehmechaniker, den gibt es heute nicht mehr, jetzt ist es der IT-Mechatroniker, ich weiß nicht, wie der genau heißt.

Zwischenruf: IT-Systemelektroniker

... so viele Handwerksberufe. Sie wissen das. Da wird von den jungen Leuten schon etwas gefordert, das ist nicht mehr so wie früher. Da ist auch ein bisschen Background gefragt. Ich kann viele Kollegen Handwerksmeister verstehen, die nicht mehr ausbilden, weil auch in unserem Beruf die Qualität nicht mehr da ist. Ich habe junge Leute, die können nicht einmal mehr die Quadratmeter einer Fensterscheibe ausrechnen. Sie rechnen dann Zentimeter mal Millimeter und erhalten eine irre Zahl. Das ist nur ein kleines Beispiel. Viele Meister kapitulieren dann und sagen, „ich mach das nicht“, vor allem wenn sie ein bestimmtes Alter erreicht haben, sagen sie, „ich ärgere mich jetzt mit den jungen Leuten nicht mehr rum.“

Wir haben unser Kapital der dualen Ausbildung immer hervorgehoben, was ja auch richtig ist, da sie tatsächlich auch Qualität aufzeigt; allerdings sind wir in den letzten Jahren mit dem zweiten Berufsgang immer mehr zu einer schulischen Berufsausbildung gekommen und was wir alles sonst noch haben, so dass die jungen Leute letztendlich durch Urlaub und Krankheit kaum noch im Betrieb waren. Man hat es den Betrieben in den letzten Jahren nicht unbedingt einfacher gemacht – durch den größeren Anspruch der jungen Leute, aber auch durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ich will damit sagen, dass die Berufsschulen das, was eigentlich an den allgemeinbildenden Schulen gelehrt werden sollte, auffangen mussten. Ich kenne das von meinem eigenen Berufsschullehrer, mit dem ich ab und zu gesprochen habe. Ich könnte Ihnen jetzt noch viele Beispiele nennen, wie die Wärmebedarfsberechnung, die ein Heizungsbauer heute machen muss. Das gab es vor 30 Jahren auch nicht, da hat man sich über diese ganzen Sachen nicht so aufgeregt.

Sie haben am Anfang schlechte Ausbildungsbedingungen angesprochen. Was meinen Sie mit schlechten Ausbildungsbedingungen? Sicherlich, wenn ich Bäcker lerne, dann weiß ich, dass ich



morgens um 2.00 Uhr in der Backstube stehen muss. Sie wollen morgens um 6.00 Uhr Ihre Brötchen haben, irgendeiner muss die machen. Und der Koch muss am Sonnabend und Sonntag in der Küche stehen und das Essen vorbereiten.

Zwischenruf: Ein Drittel der Betriebe haben keinen Ausbildungsplan.

Die Betriebe haben einen Ausbildungsplan. Ich habe schon gesagt, dass bei den Betrieben, vor allem beim Handwerk und auch anderen Berufen im kaufmännischen Bereich ein ganz großer Wandel entstanden ist. So einfach kann man es sich letztendlich auch nicht machen, es auf die Arbeitgeber abzuschieben, „nun macht mal eine vernünftige Ausbildung.“ Also ganz so ist es nun auch nicht. Es wird mehr verlangt, und die Betriebe sind wirklich bemüht, gerade das Instrument freiwilliges Praktikum zu nutzen – es muss aber auch von den jungen Leuten selbst kommen. Selbstverständlich haben wir gegenüber den jungen Leuten eine Bringschuld, aber die jungen Leute haben auch eine Holschuld, sich zu informieren – nicht nur beim Finanzamt, was Sie angesprochen haben, sondern auch zum BAföG.

Beim ErzieherInnenberuf haben wir auch einen Mangel, und das ist eine Ausbildung, die man nicht bezahlt bekommt – in Niedersachsen ist die Ausbildung an den Schulen kostenfrei, aber man erhält keine Ausbildungsvergütung. Das ist nicht in Ordnung, sage ich ganz ehrlich. Das sagt auch die Leiterin des AWO-Kindergartens in Lüneburg, wo meine Tochter gerade ein Praktikum macht. Da muss sich noch vieles ändern.

Aber ich möchte jetzt eine Lanze brechen für die Wirtschaft, die wirklich bemüht ist, eine zukunftsweisende Ausbildung an den Tag zu legen, denn jeder Handwerksbetrieb ist um gute Mitarbeiter bemüht, weil sie das Kapital einer Firma sind. Sie stecken als Unternehmer, als Handwerksmeister ja auch Kapital in eine Ausbildung, und das muss sich auch refinanzieren. Ich bin wirklich bemüht, die jungen Leute bei mir im Betrieb zu halten, weil ich sie auch brauche. Diese Einstellung hat eigentlich in den letzten Jahren auch bei den Handwerksbetrieben Eingang ge-

funden. Also nicht alles so schwarz malen.

Wir hatten vor einigen Monaten eine Dame von der Handwerkskammer Berlin hier, die sagte, dass die jungen Leute erst mit 21 Jahren eine Ausbildung anfangen. Das finde ich nicht gut. Sie gehen von einer Maßnahme in die andere, sie sind doch „versaut“, Entschuldigung für den Begriff, ...

Unverständlicher Zwischenruf

Ja, das ist so fürchterlich. Mit denen kann man, ehrlich gesagt, nicht mehr viel anfangen. Man muss die Leute erst „zurechtbiegen“. Ich habe auch eine gute Verbindung zur Arbeiterwohlfahrt in Lüneburg und immer junge Leute, die von der Arbeiterwohlfahrt betreut wurden – Migranten wie auch Ursprungsdeutsche. Die habe ich mir „zurechtgebogen“, damit sie nachher gute Gesellen waren und man sie auch draußen gebrauchen konnte. Damit höre ich jetzt aber auch auf. Mit schlechten Ausbildungsbedingungen meinen Sie aber nicht schlechte oder schwierige Arbeitszeiten? Das war eigentlich meine Frage.

Vorsitzende: Schön, dass wir zum Schluss nach den vielen flammenden Plädoyers noch die Frage erhalten. Ihr habt jetzt ein Potpourri von Fragen und Anmerkungen, vielleicht schaut ihr einfach, für welche ihr euch kompetent fühlt.

Florian Haggenmiller (Deutscher Gewerkschaftsbund): Gut, das waren jetzt jede Menge Fragen. Ich fange mit den letzten Fragen oder Statements an. Herr Pols, das Handwerk ist mit einer Ausbildungsbetriebsquote von 8 Prozent sehr, sehr fortschrittlich. Das halten wir fest und das finden wir auch richtig gut so. Da erfolgt an vielen Stellen eine sehr gute Ausbildungsleistung, eine gute Ausbildungsqualität. Wir stellen aber fest, dass die Masse der Ausbildungsplätze zurückgeht und hauptsächlich große Betriebe ihre Ausbildungsleistung einstellen. Deshalb ist es so wichtig, dass man jungen Betrieben, kleinen Betrieben die Ausbildung wieder schmackhaft macht. Dafür gibt es u. a. die assistierte Ausbildung, die auch durch den Bund finanziert wird. Es gibt ausbildungsbegeleitende Hilfen, die im Endeffekt Anreize sein



müssen. Ich finde aber, dass es durchaus einen Wandel hin zu mehr praxisorientierter Ausbildung, zu mehr Ausbildungsplätzen geben muss. Die Zahlen, Daten, Fakten sprechen dafür, dass wir weniger Ausbildungsplätze haben, dass nur noch jeder fünfte Betrieb ausbildet. Ich kann das nur noch einmal betonen, und die Zahlen sind weiter rückläufig. Zahlen sind immer schwer zu greifen, aber wir gehen in die Berufsschulen und befragen 18.000 Auszubildende. Wir sind jeden Tag in den Schulen mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und fragen einfach nach. Deshalb ist unser Ausbildungsreport mit knapp 50 Fragen, die wir jedem Auszubildenden dieser 18.000 Befragten stellen, sehr fundiert. Daher ist das schon durchaus von Bedeutung. Die Ausbildungsfachpolitiker wissen darüber auch Bescheid, und fragen – wie auch die Arbeitgeber – ganz frühzeitig bei uns nach, was wir wieder herausgefunden haben.

Zu einer guten Ausbildungsqualität gehört zunächst, dass der Ausbildungsrahmenplan eingehalten wird. Es ist ganz entscheidend, dass keine ausbildungsfremden Tätigkeiten stattfinden. Man sagt klassisch immer, „das Kaffeekochen für den Chef ist nicht unbedingt Ausbildungsinhalt“ – das kann aber an einigen Stellen auch Ausbildungsinhalt sein, z. B. wenn man Hotelfachmann/-frau lernt. Aber wir stellen fest, dass immerhin 17,9 Prozent der von uns Befragten durchaus häufiger ausbildungsfremde Tätigkeiten machen. Ein ganz entscheidendes Kriterium für die Qualität der Ausbildung ist auch die Betreuung durch Ausbilder. Wenn 14,2 Prozent der Auszubildenden selten und gar nie einen Ausbilder gesehen haben, dann ist das ein Problem. Dazu gehört auch die Qualität in den Berufsschulen. Diese sind unterm Strich unterfinanziert, ich rede immer „unterm Strich“, da ich bundesweite Daten habe; Einzelfälle sprechen vielleicht dagegen – aber unterm Strich sind die Berufsschulen unterfinanziert, die Klassengrößen sind zu groß und die fachliche Betreuung ist an einigen Stellen fraglich. Das fließt alles in unseren Ausbildungsreport ein, das fragen wir die jungen Menschen ganz direkt. Mit Sicherheit geben uns auch die Arbeitgeberverbände Recht, dass es durchaus Defizite gibt. Was wir hier machen, ist ganz praxisnah. Die Anforderungen sind gestiegen, das ist richtig. Deswegen habe ich ja auch gesagt, dass junge Menschen den Anforderungen gerecht

werden, weil sie technisch viel besser ausgebildet sind, viel besser mit den Herausforderungen, die Sie geschildert haben, umgehen können. Ich habe gerade gelesen, dass Herr Winterkorn zurücktreten musste. Das wird wahrscheinlich auch nicht unbedingt der Fehler eines Auszubildenden gewesen sein, der das Messgerät falsch abgelesen hat. Aber Spaß beiseite, die Anforderungen sind gestiegen, das ist richtig, das unterstreichen wir auch; nur man muss eben sehen, dass eine Ausbildung dazu da ist, junge Menschen dahin zu führen, wo sie hingehören, dass sie also Facharbeiter werden und den Betrieb unterstützen können. Dafür müssen sie zuerst an die Hand genommen werden, und dafür muss man ggf. auch Sachen ausbilden, die ein bisschen zäh sind und sich vielleicht zunächst nicht so rechnen. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass die jungen Menschen heute nicht blöder oder gescheiter sind als früher. Ich glaube, sie gehen einfach mit dem Trend der Entwicklung auch mit.

Da gebe ich Ihnen Recht, Herr Müller, die Schule darf nicht überfrachtet werden, Berufsorientierung gehört da ganz klar hin und es muss eine einfache, klare Berufsorientierung geben. Es gehört zu den Wahrheiten einer Jugendberufsagentur – das haben die Hamburger festgestellt –, dass wenn so eine Einrichtung installiert wird, die Statistiken zunächst mal schlechter werden und nach unten gehen. Also, dass ggf. festgestellt wird, dass Jugendliche „auf der Strecke bleiben“, auch wenn im Koalitionsvertrag steht – wenn ich es richtig im Kopf habe –, dass kein Jugendlicher bei der Berufswahl, auf dem Weg zwischen Schule und Beruf auf der Strecke bleiben darf. Dazu gehören dann auch Ehrlichkeit und ein bisschen Mut für Offenheit. Wir unterstützen die Jugendberufsagenturen. Im Kern muss es einfach so sein, dass die Berufsorientierung nur den Menschen in den Blick nimmt. Da darf kein Geld dran verdient werden. Es ist ganz klar Ziel einer Jugendberufsagentur, immer den Menschen, den Jugendlichen in den Blick zu nehmen und zu schauen, wohin kann ich ihn orientieren – ganz individuell nach seinen Bedürfnissen, und das ist das Entscheidende. Es gibt sicherlich positive Erfahrungswerte und es gibt leider auch negative, und diese müssen ausgewertet werden. Der Prozess bei den Jugendberufsagenturen führt zu neuen Erkenntnissen, die man auswerten muss und auf die man dann dementsprechend auch reagieren muss.



Ich kann nur verurteilen, dass man junge Menschen aufgrund ihrer Jugendlichkeit eher nicht einstellt, weil das Jugendarbeitsschutzgesetz ein Hindernis darstellt. Das kann ich nur absolut verurteilen, denn natürlich können junge Menschen auch unter 18 Jahren eine vernünftige Ausbildung bekommen. Selbstverständlich muss man sich an ein Jugendarbeitsschutzgesetz halten, aber so ist es einfach nicht richtig. Das sind aber auch Einzelfälle. Es ist kein Kavaliersdelikt, wenn man gegen ein Gesetz verstößt, aber der Trend, eher ältere Jugendliche einzustellen, geht in die falsche Richtung. Das sind Umgehungsstrategien, die nicht zielführend sein können. Ich glaube, Betriebe werden dann mehr Erfolg und gute Facharbeiter haben, wenn sie ganz vernünftig mit den Menschen umgehen und die Jugendlichen wie normale Menschen behandeln, die eine Ausbildung bekommen möchten.

Jetzt zur Frage von Frau Walter-Rosenheimer, die weibliche Berufswahl ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich glaube, man muss schon ein Stück weit auch die Gesellschaft verändern. Die Gesellschaft verändert sich an sich schon. Aber man muss auch – und da finde ich die Initiative des Girls'- oder des Boys'Days sehr gut, sie kommt immer wieder sehr gut an – die Möglichkeiten außerhalb des Elternhauses darstellen. Ich habe selbst in einer IT-Ausbildungsgruppe gelernt. Wir waren 12 Auszubildende und es war nur eine Frau unter uns. Sie war für unsere Gruppe sehr wichtig und auch von der fachlichen Qualität sehr stark und sehr gut. Da muss man auch ein Stück weit die Köpfe der Eltern verändern, und das ist auch unsere Aufgabe bei der Berufsorientierung.

Ein Schlagwort war noch die frühe Berufsorientierung, so früh wie möglich. Das ist ganz klar, nur es muss sinnvoll und zumutbar sein. Es muss eine sinnvolle Orientierung sein. Je später man sie macht, umso mehr eigene Vorstellungen hat jemand schon entwickelt bzw. vielleicht sogar schon einen Pfad eingeschlagen, der gar nicht gewählt worden wäre, wenn er eine andere Möglichkeit gehabt hätte. Das stellen wir schon fest, und deshalb sollte man möglichst früh mit qualifiziertem Personal herangehen. Natürlich kann nicht jeder Lehrer in den Schulen – die Herausforderungen für Lehrerinnen und Lehrer sind viel größer geworden

– das perfekt machen, aber da muss man die richtigen Fachleute suchen und dann ist das auch möglich. Jetzt hab ich auch viel gesagt, ich hoffe, es war alles abgehandelt.

Vorsitzende: Dann würde ich noch eine kurze abschließende Frage an euch stellen. Könnt ihr in ein, zwei Sätzen zusammenfassen, was euch im Betrieb, im Krankenhaus bei der Beteiligung unterstützt und was euch hindert. Was sind die Aspekte?

Johannes Fester (Jugend- und Auszubildendenvertretung der Charité Berlin): In ein, zwei Sätzen ist das schwierig, aber ich versuche es. Ein großes Problem bei uns im Betrieb ist z. B. die Altersbeschränkung für die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung. Man darf zum Wahltag maximal 27 Jahre alt sein. Nun gibt es aber sehr viele Auszubildende, zumindest bei uns im Betrieb, die wesentlich älter als 27 sind. Und diese werden von uns in keiner Weise vertreten und haben auch in keiner Weise irgendeine Chance, sich an dieser Wahl zu beteiligen oder sich irgendwie zu engagieren. Das sind gerade auch die Leute mit Erfahrung, die man vielleicht brauchen könnte, wenn man vor Fragen steht, die man noch nie hatte. Ein großes Manko ist außerdem, dass durch die JAV-Tätigkeit in einigen Ausbildungsberufen Stundenzahlen verloren gehen. Man muss beispielsweise im Hebammenwesen eine gewisse Stundenzahl auf der Neonatologie, im OP-Bereich usw. sammeln, und wenn man sich in der JAV engagiert, dann gehen sehr viele Stunden verloren, und das muss berücksichtigt werden. Bei uns in der Pflege gibt es das Problem nicht, wir können JAV-Arbeit leisten, soviel wir wollen. In anderen Berufen besteht diese Problem auch eher weniger. Ein weiterer Punkt ist vielleicht auch noch wichtig: Wenn es verschiedene Ausbildungsberufe in einem Betrieb gibt – so wie das bei uns z. B. der Fall ist, wir haben sehr viele medizinische Berufe –, sollte es eine Verpflichtung sein, dass jeder Ausbildungsbereich in der Jugend- und Auszubildendenvertretung vertreten ist. Es gibt zwar eine Soll- oder eine „Es-wäre-schön“-Bestimmung, aber die Ist-Situation ist anders, und es ist sehr schwierig, Ausbildungsberufe zu vertreten, von denen man weder fachlich noch organisatorisch etwas weiß. Es ist auch teilweise schwierig, den



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinder-
kommission)

Kontakt zu halten, weil wir in verschiedenen
Standorten lernen, und das macht die Arbeit sehr
kompliziert.

Vorsitzende: Vielen Dank. Damit beende ich den
öffentlichen Teil der Sitzung. Ich danke euch allen

herzlich, dass ihr zu uns gekommen seid, uns
Einblicke gegeben habt und auf alle Fragen Rede
und Antwort gestanden habt. Wir unterbrechen die
Sitzung für fünf Minuten zum Verabschieden.

Schluss der Sitzung: 18.04 Uhr

gez. Susann Rüthrich, MdB
Vorsitzende